

Konsolidierungsnachweis KEF-RP

Kreisverwaltung Bernkastel-Wittlich
 Fachbereich Kommunales und Recht
 Kurfürstenstraße 16
 54516 Wittlich

04.01.2016
 (Datum)

**Vollzug des „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“;
 Nachweisverfahren gem. § 5 des Konsolidierungsvertrages für das Haushaltsjahr 2014**

1. Angaben zum Zuweisungsempfänger

Verbandsgemeinde Ortsgemeinde

Name: Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf
 Anschrift: Saarstraße 7, 54424 Thalfang
 Vertrag vom: 12.12.2013 Beitritt zum: 01.01.2013

Liquiditätskreditbestand zum 31.12.2009 (§ 2 Abs. 1 S. 1):	5.043.244 €
Konsolidierungsbeitrag der Kommune (§ 2 Abs. 2 S. 2)	87.708 €
Jahresleistung (§ 2 Abs. 1 S. 2)	263.123 €
Konsolidierungsergebnis (Mindestnettotilgung, § 2 Abs. 3)	210.498 €

2. Stand der Liquiditätskredite gem. 3.1.1.1 des Leitfadens zum KEF-RP

(Muster 5 -Konsolidierungspfad- bitte beifügen)

Stand	Zielgröße	IST-Größe	Mindest- Nettotilgung	Tatsächliche Tilgung
Nachweisvorjahr 31.12.2013	4.832.746 €	7.574.740 €	210.498 €	0 €
Nachweisjahr 31.12.2014	4.622.247 €	7.779.563 €	210.498 €	0 €

3. Dem Verwendungsnachweis sind folgende Unterlagen beigelegt:

Konsolidierungspfad (Muster 5 zum Leitfaden KEF-RP) ja nein
 Nachweis/Begründung bei Nichterreichen
 der Mindestnettotilgung ja nein

4. Zahlenmäßiger Nachweis der vertraglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen (§ 3 Abs. 1):

Lfd. Nr.	Buchungsstelle	Konsolidierungsmaßnahme	Maßnahme umgesetzt (ja/nein/teilw.)	Nettokonsolidierungsbeitrag (EUR)		Differenz Soll/IST (EUR)
				Soll-Betrag	IST-Betrag	
1	1141.52313	Liegenschaften und Grundstücksmanagement – Unterhaltung des Rathausgebäudes und der Außenanlagen	ja	1.300 €	5.836,76 €	4.536,76 €
2	1141.56310 / 1141.56320	Zentrale Dienste – Bücher/Zeitschriften/Bürobedarf	teilw.	4.000 €	2.910,71 €	- 1.089,29 €
3	2160.44120	Schulzentrum Thalfang – Vermietung der Hausmeisterwohnung	teilw.	3.500 €	900,00 €	- 2.600,00 €
4	2812.41490	Kulturförderung – Vermehrtes Sponsoring (insbes. Handwerkermarkt)	teilw.	3.000 €	1.511,91 €	- 1.488,09 €
5	4241.43210	Erholungs- und Gesundheitszentrum – Erhöhung der Entgelte	nein	47.000 €	- 5.360,34 €	- 52.360,34 €
6	5750.52551	Tourismus – Kürzung Sonderzuwendung Verein „UTE“	ja	5.000 €	5.074,18 €	74,18 €
7	5750.50212 / 5750.50320 / 5750.50420	Tourismus – Einsparung Personalkosten durch Wiederbesetzung einer Stelle	ja	21.000 €	21.422,11 €	422,11 €
8	6110.40320	Steuern und allgemeine Finanzleistungen – Erhöhung Vergütungssteuer	ja	5.000 €	23.274,15 €	18.274,15 €
			Gesamt:	89.800 €	55.569,48 €	- 34.230,52 €

5. Bestätigung

Es wird bestätigt, dass

- die allgemeinen Nebenbestimmungen des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Leistungen aus dem Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF-RP) beachtet wurden,
- die Angaben unter 4. den vom Verbandsgemeinderat/Ortsgemeinderat festgestellten Jahresabschlüssen (§ 114 GemO) entsprechen; soweit bei Erstellung dieses Konsolidierungsnachweises nur „vorläufige“ Jahresabschlüsse vorlagen, wird die Übereinstimmung der Angaben mit den festgestellten Jahresabschlüssen unmittelbar nach Beschlussfassung durch den Verbandsgemeinderat/Ortsgemeinderat unaufgefordert in einem gesonderten Schreiben bestätigt,
- der geschuldete Konsolidierungsbeitrag wie dargestellt erbracht wurde,
- im Falle der Inanspruchnahme der Ausnahmebestimmung des § 2 Absatz 3 Satz 2 Konsolidierungsvertrag zum einen die Unmöglichkeit der Realisierung des regelmäßigen Nettotilgungsziels vorlag und zum anderen eine Rückführung des Liquiditätskreditbestandes bzw. eine Verminderung der Neuaufnahme von Liquiditätskrediten zumindest im möglichen Umfang vorgenommen wurde (vgl. hierzu 6.2.01 „Häufig gestellte Fragen zum KEF-RP“).

Thalfang, 04.01.2016

Ort, Datum

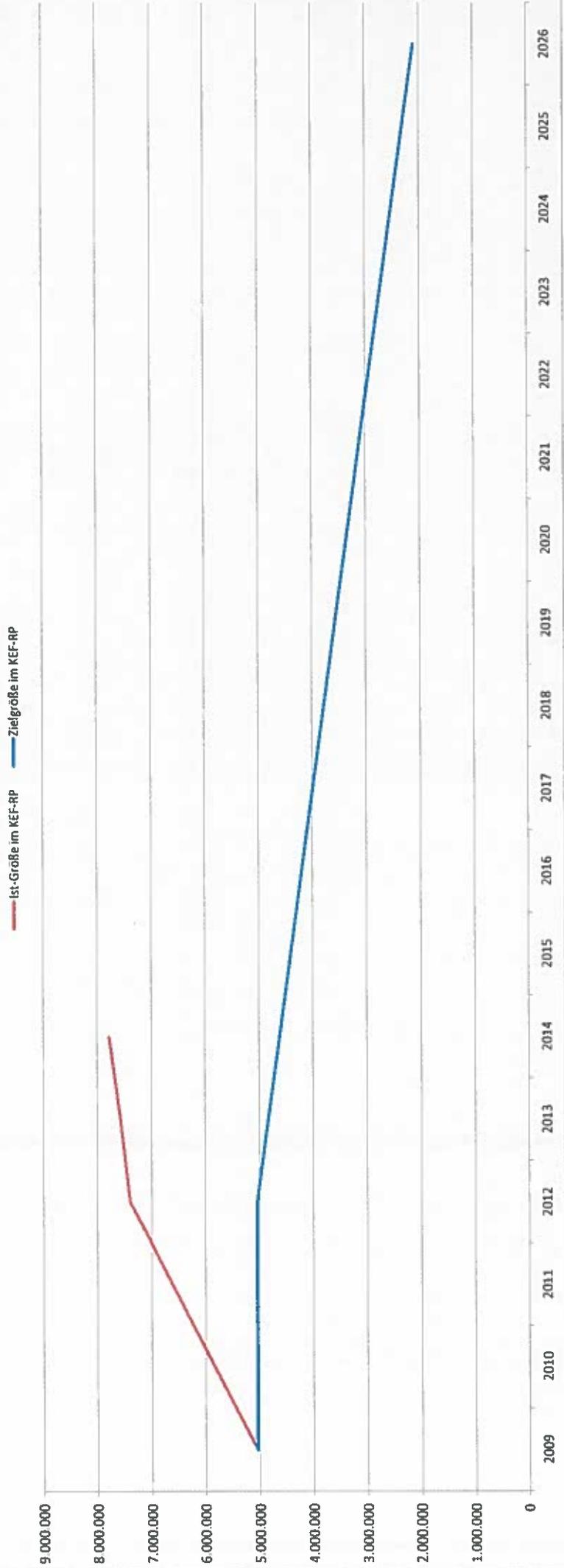


Marc Hüllenkremer
Bürgermeister



	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026
Zielgröße	5.043.244	5.043.244	5.043.244	4.832.746	4.411.749	4.201.251	3.990.753	3.780.254	3.569.756	3.359.258	3.148.759	2.938.261	2.727.763	2.517.265	2.306.766	2.096.268		
Ist-Größe	5.043.244	7.391.302	7.574.740	7.779.563														

Konsolidierungspfad der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf im KEF-RP, 2013 bis 2026, in Euro (ohne Nachholung 2012)



**Vollzug des „Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP)“;
Nachweisverfahren gem. § 5 des Konsolidierungsvertrages für das Haushaltsjahr 2014
Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf**

Begründung der Nichterreichung der Mindestnetttilgung in Höhe von 210.498 €

Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 des Konsolidierungsvertrages verpflichtet sich die teilnehmende Kommune, ihren Bestand an Liquiditätskrediten jährlich mindestens in Höhe von 80 v.H. der auf sie entfallenden Jahresleistungen des KEF-RP zu vermindern (Konsolidierungsergebnis). Dementsprechend hat die Verbandsgemeinde Thalfang die bestehenden Liquiditätskredite um mindestens 210.498 € jährlich zu verringern. Ausweislich des durch den Verbandsgemeinderat festgestellten Jahresabschlusses konnte eine Tilgung der Liquiditätskredite nicht erreicht werden.

Insofern muss die Ausnahmeregelung des § 3 Abs. 2 Satz 2 des Konsolidierungsvertrages in Anspruch genommen werden. Demnach müssen die bestehenden Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten bzw. die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert werden, wenn die Mindest-Nettotilgung in besonderen Einzelfällen ausnahmsweise trotz der Entschuldungshilfen und einer strengen Haushaltsdisziplin nicht realisiert werden kann.

Die um den Saldo der vorfinanzierten Investitionsauszahlungen bereinigten Liquiditätskredite der Verbandsgemeinde Thalfang erhöhen sich um 204.823 € (siehe Darstellung des Konsolidierungspfades).

Die ursprünglich vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen konnten nicht vollumfänglich erfüllt werden. Der seitens der Verbandsgemeinde zu erbringende Konsolidierungsanteil beläuft sich auf 87.708 €. Tatsächlich erreicht wurde ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 55.569,48 €, mithin fehlen 34.230,52 €. Hauptursächlich für die Nichterreichung des Konsolidierungsbeitrages ist der Einnahmeausfall im Erholungs- und Gesundheitszentrum. Trotz der Gebührenerhöhung wurden erneut weniger Einnahmen erwirtschaftet als in den Haushaltsvorjahren. Die Gründe hierfür liegen in einem Rückgang der Besucherzahlen, der allerdings nicht vollumfänglich auf die Gebührenerhöhung, sondern vielmehr auf äußere Umstände (Rückgang der Besucher des Ferienparks) zurückzuführen ist. Die Kalkulation der Mehreinnahmen basierte jedoch auf gleichbleibenden Besucherzahlen.

Seitens der Verbandsgemeinde wird beantragt, eine zusätzliche Maßnahme im Wege der Nachholungsvereinbarung in den Konsolidierungsvertrag aufzunehmen. Es handelt sich hierbei um die Anforderung von Kostenerstattungen von den Verbandsgemeindewerken für Bewirtschaftungskosten des Betriebsgebäudes. Im Haushaltsjahr 2014 wurde eine diesbezügliche Nachzahlung für die Jahre 2003 – 2009 zahlungswirksam geleistet, deren Höhe die Einnahmeausfälle beim Erholungs- und Gesundheitszentrum vollumfänglich ausgleichen kann.

Sofern die vorgeschlagene Nachholungsvereinbarung seitens des Vertragspartners akzeptiert würde, können die vertraglichen Bedingungen im Hinblick auf die Konsolidierungsmaßnahmen letztlich als erfüllt betrachtet werden.

Die Mindestnettotilgung in Höhe von 210.498 € ist, auch bei voller Erfüllung der vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen im Jahr 2014 nicht möglich gewesen, da trotz einer strengen Haushaltsdisziplin ein Finanzmittelüberschuss in dieser Höhe nicht erreicht werden konnte.

Kurzfristige Einsparpotentiale wurden seitens der Verbandsgemeinde bereits im Konsolidierungsvertrag vereinbart.

Es ergeben sich weitere Einsparpotentiale, auch im freiwilligen Leistungsbereich, die allerdings nur mittelfristig umsetzbar sind. Zu nennen sind hier insbesondere weitere Einsparungen im touristischen Bereich durch eine Kooperation mit der Gemeinde Morbach, die angestrebte Verringerung der Umlage an den Zweckverband „Wintersport-, Natur- und Umweltbildungsstätte Erbeskopf“, Senkung des Zuschussbedarfes des Erholungs- und Gesundheitszentrums (evtl. durch Privatisierung oder eine Genossenschaftslösung) sowie die Einführung einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung mit dem Ziel der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Verwaltungsabläufen.

Die kurzfristig realisierbaren Konsolidierungspotentiale wurden im Rahmen ihrer Möglichkeiten seitens der Verbandsgemeinde umgesetzt, sodass die Begründung neuer Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten wenigstens im möglichen Umfang vermindert wurde.